

Doppelzüngigkeit der Landwirtschaftspolitik

10.08.2019 12:47

MdB Oßner und HeimatLandwirte sprechen sich für Düngeverordnung mit Augenmaß aus

Bei einem Gespräch am Donnerstag in Landshut mit Vertretern des Vereins HeimatLandwirte, dem Sprachrohr von rund 140 Landwirten aus Niederbayern, Oberbayern und der Oberpfalz, sicherte Oßner zu, sich für eine Anpassung der als überdüngt geltenden Gebiete und für eine Düngeerlaubnis für Zwischenfrüchte einzusetzen.

„Die geplanten Regeln, welche die Bundesregierung auf Druck der EU zur Verschärfung der deutschen Düngeverordnung nach Brüssel gemeldet hat, bedeuten einen sträflichen Umgang mit dem wertvollen Ackerboden in unserer Region“, sagte Georg Siegl aus Hohenthann. Wenn dort pauschal 20 Prozent weniger als bisher gedüngt werden dürfe, würden die Ernteerträge deutlich zurückgehen. „Darum sollte zumindest für die Einteilung der Gebiete mit zu hoher Nitratbelastung, wo diese Vorgabe gelten soll, genauer hingeschaut werden, damit die Landwirtschaft nicht in ganzen Landstrichen unnötig eingeschränkt wird.“

Zwischenfruchtanbau ist Grundwasserschutz

Noch gravierender wären die Auswirkungen laut Siegl durch das Düngeverbot von Zwischenfrüchten: „Der Anbau und die anfängliche Düngung von Zwischenfrüchten für ein gutes Wachstum ist der optimale Ansatz für die Bindung von CO₂ im Boden, für Artenschutz, Grundwasserschutz, Erosionsschutz und den Humusaufbau.“ Das hätten viele Studien bewiesen und das habe sich auch beim wissenschaftlich begleiteten Grundwasserschutz-Pilotprojekt in Hohenthann gezeigt. „Das zu untersagen wäre ökologischer Unsinn und blinder Aktionismus“, betonte Siegl. „Dagegen laufen auch die Ökoverbände Sturm.“

Zudem dürfe die Landwirtschaft nicht allein für den Schutz des Grundwassers in die Verantwortung genommen werden, sagte Reinhard Bauer aus Kumhausen. Alleine die Stadt München Sorge pro Jahr für eine Nitratbelastung wie 840.000 Mastschweine, weil 40 Prozent des Abwassers nicht in den Kläranlagen ankämen. „Die Landwirte müssen und wollen ihren Beitrag leisten, aber es ist zum Beispiel auch dringend notwendig, die Verbesserung der Kanalisation in den Städten und Gemeinden anzugehen.“

Mehr Auflagen, Kontrollen und Bürokratie

Thomas Weigl aus Pfeffenhausen, Vorsitzender der HeimatLandwirte, betonte, dass sich die Landwirte als alleiniger Sündenbock oft von Teilen der Politik allein gelassen fühlten: „Gerade auch beim Thema Düngeverordnung kann man den Eindruck bekommen, dass man bei bestimmten politischen Richtungen keine Landwirtschaft mehr haben will.“ Oßner bestätigte diesen Eindruck und bekräftigte: „Es kann nicht sein, dass unsere Landwirte unnötig eingeschränkt werden und im extremsten Fall den Betrieb aufgeben müssen, obwohl sie die gesündesten und hochwertigsten Lebensmittel weltweit produzieren. Außerdem

leistet die überwältigende Mehrheit der Bauern seit jeher unbezahlbare Dienste für die Landschaftspflege und den Artenschutz.“ Darum werde sich die CSU im Bundestag weiter für angemessene Umweltschutzvorgaben und die allgemeine Anerkennung der Leistungen der bäuerlichen Landwirtschaft für die Gesellschaft einsetzen.

Für den CSU-Politiker Florian Oßner ist darüber hinaus die zunehmende Doppelzüngigkeit in der Landwirtschaftspolitik unerträglich: „Wir haben politische Gruppierungen wie die Grünen im Land, welche zwar für kleine und mittlere Familienbetriebe werben, jedoch gleichzeitig mit ihren ständigen Forderungen nach mehr Auflagen, Kontrollen und Bürokratie exakt das Gegenteil erreichen und diese aus dem Markt vertreiben. Am Ende verbleiben nur noch die großen Betriebe, welche die immer neuen Investitionsanforderungen und höhere Arbeitsbelastung betriebswirtschaftlich überhaupt stemmen können.“



— Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (Zweiter von rechts) setzt sich mit den HeimatLandwirten (von rechts) Thomas Weigl, Reinhard Bauer und Georg Siegl für sinnvolle und vernünftige Vorgaben in der neuen deutschen Düngeverordnung ein, welche dem Grundwasserschutz in der Region Landshut dienen.